

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

17. Jahrgang

Berlin, den 22. Dezember 1950

Nummer 52

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft Ende 1950

Bericht des Arbeitskreises „Konjunkturbeobachtung“
der Arbeitsgemeinschaft

deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn

Westdeutschland

Seit der Jahresmitte hat der Konjunkturaufschwung sein Tempo erheblich beschleunigt, so daß die Wirtschaft nun auf einer Reihe von Gebieten Engpässen gegenübersteht, die nur langsam und allmählich überwunden werden können. Für die kommenden Monate ist — zumal unter den Einflüssen der Jahreszeit — mit einer Fortdauer der Expansion nicht mehr zu rechnen; ein gewisser konjunktureller Rückschlag ist sogar möglich.

Die industrielle Produktion, die von April bis Juli monatlich um knapp 2 vH gestiegen war, nahm in den darauffolgenden Monaten bis Oktober im Durchschnitt um fast 6 vH je Monat zu. Die Indexziffer der industriellen Produktion hat mit 127 (1936 = 100) im November einen neuen Höhepunkt erreicht, der um rund ein Drittel über dem Vorjahrsniveau liegt.

Die rasche, ja teilweise stürmische Steigerung der volkswirtschaftlichen Aktivität spiegelt sich in ähnlicher Weise in der allgemeinen Umsatztätigkeit und in den Leistungen des Verkehrswesens wider.

Die Umsätze, die sich aus dem Aufkommen an Umsatzsteuern errechnen lassen, sind vom zweiten zum dritten Vierteljahr um 19 vH gestiegen und waren damit um 24 vH höher als vor einem Jahr. Die Bundesbahn hat je Arbeitstag im Oktober um 22 vH mehr Güter transportiert als im Juli, während im Vorjahr der Anstieg des Güterversandes in der gleichen Zeit nur 9 vH betragen hatte.

Der Konjunkturaufschwung hat auch zu einer erheblichen Entlastung auf dem Arbeitsmarkt geführt. Die Arbeitslosigkeit ist von der Jahresmitte bis Ende Oktober um 308 000 gesunken; gleichzeitig hat die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um rund 550 000 zugenommen. Der wachsende Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften hat demnach in vier Monaten nicht ganz eine Viertelmillion zusätzlicher Arbeitskräfte mobilisiert. In den letzten Wochen machten sich bereits die ersten Anzeichen der winterlichen Belastung des Arbeitsmarktes bemerkbar, die sich in den üblichen Grenzen hielten.

Die starke Beschleunigung des Konjunkturaufschwungs seit der Jahresmitte erklärt sich aus dem Zusammentreffen verschiedener auf eine Expansion hinwirkender Kräfte.

Die konjunkturpolitischen Maßnahmen, die im Frühjahr getroffen worden waren und — zusammen mit dem durch Zentralbankgeld finanzierten Defizit des Bundes von April bis Juli — zu einer nicht unerheblichen Kreditausweitung führten, kamen erst in den Sommer- und Herbstmonaten zum Tragen. Sie konnten allerdings ihre Wirkung nur deshalb voll entfalten, weil die Produktionswirtschaft in allen wichtigen Bereichen noch über ausreichende Kapazitätsreserven verfügte oder aber ihre Kapazitäten mit verhältnismäßig geringem Aufwand und in verhältnismäßig kurzer Zeit laufend erweiterte. Auch die Kosten-Preis-Relationen waren allenthalben für eine weitere Ausdehnung der Produktion günstig.

Zu den binnenwirtschaftlichen Kräften der Expansion trat die anhaltende Belegung des Exports. Die Auslandsmärkte erwiesen sich für deutsche Waren außerordentlich aufnahmefähig. Hierzu trugen neben den ersten Liberalisierungserfolgen die aktive Konjunkturpolitik der USA und vor allem die durch den Koreakonflikt ausgelöste Nachfragerwelle bei. Dazu kommt, daß die Preise im Ausland erheblich stärker stiegen als in West-Deutschland und sich damit eine der Schwierigkeiten verringerte, denen der deutsche Export noch vor einem Jahr auf manchen Märkten begegnet war.

Die Auftriebskräfte, die sich auf den Binnenmärkten entwickelt hatten, hätten zusammen mit der Ausdehnung des Exportgeschäftes allein schon ausgereicht, der westdeutschen Wirtschaft über die Jahresmitte hinaus einen weiteren Anstieg zu sichern, der sich freilich in erheblich langsamerem Tempo vollzogen hätte, als es tatsächlich geschah. Hinzu traten jedoch die Einflüsse, die von den weltpolitischen Ereignissen in der zweiten Jahreshälfte ausgingen. Infolge ihrer stimulierenden Wirkung haben sie den Aufschwung ganz erheblich verstärkt und zu jenem Tempo angefach, das in sich selbst den Keim zu einer Verlangsamung, wenn nicht zu einem Rückschlag trägt.

Schon seit September wurde immer deutlicher, daß ein Aufschwung in solchem Tempo in nicht allzu ferner Zeit an die Grenzen stoßen mußte, die ihm unter den gegebenen strukturellen Bedingungen der westdeutschen Wirtschaft gezogen sind. Gewiß erwies sich das Angebot in großen Teilen der verarbeitenden Industrie als weit elastischer und erweiterungsfähiger, als vielfach angenommen worden war. Die Grenzen liegen bei den gegebenen Einfuhrmöglichkeiten hauptsächlich in der mangelnden Elastizität des Angebots an einzelnen Grundstoffen und an Energie. Neben der Kohle handelt es sich dabei vor allem um Eisen und Stahl und einige Grundchemikalien. Die begrenzten Produktionsmöglichkeiten, die hier bestehen, bestimmen das Niveau, bis zu dem unter den gegebenen Umständen die gesamte volkswirtschaftliche Produktion ansteigen kann, selbst wenn auf anderen Gebieten noch ungenutzte Produktionsreserven vorhanden sind. Eine Arbeitslosigkeit von 1,3 Millionen, einschließlich Westberlins sogar von 1,6 Millionen, am Beginn der Wintersaison ist hierfür der deutliche und sozial bedenklichste Ausdruck. Die Produktion in diesen Engpaßgebieten läßt sich jedoch nur mit einem erheblichen Investitionsaufwand steigern. Erfahrungsgemäß dauert es geraume Zeit, bis die bestehenden Produktionsanlagen so erweitert oder neue geschaffen werden, daß dadurch eine nennenswerte Ausdehnung der Produktion ermöglicht wird. Erschwerend kommt hinzu, daß auf einzelnen dieser Gebiete der Produktionsumfang politisch festgelegt ist, wie z. B. in der Stahlpro-

duktion, oder administrativ geregelte Preise eine organische Anpassung der Produktion an die jeweilige Marktlage behindern.

Das Engpaßniveau läßt sich daher nur ganz allmählich fühlbarheben. Voraussetzung dafür ist, daß bei den gegenwärtigen Methoden der Investitionsfinanzierung die Gebiete der Engpaßproduktionen bei der Zuteilung von Investitionsmitteln besonderen Vorrang genießen. Nur in dem Umfange, in dem dies geschieht, ergibt sich neuer Spielraum für eine weitere Ausdehnung der gesamten Produktion.

Besonders einschneidend wirkt sich gegenwärtig der Kohlenengpaß aus, zumal die starke konjunkturelle Steigerung der Nachfrage nach Kohle jetzt mit dem saisonmäßigen Höhepunkt des Bedarfs zusammentrifft. Durch eine Verteilung der Kohle nach Richtmengen hofft man, daß sich die Beeinträchtigungen der industriellen Produktion und der gesamten wirtschaftlichen Aktivität durch den Kohlenmangel in engen Grenzen halten werden. Mehr noch wird die Versorgung mit Kohle davon abhängen, in welchem Maße es gelingt, die in einer Steigerung der Schichtleistung der Bergarbeiter liegenden Möglichkeiten für eine gewisse Ausdehnung der Förderung innerhalb kurzer Frist zu mobilisieren. Lohnerhöhungen und Prämien sowie eine damit im Zusammenhang stehende Erhöhung der Kohlenpreise sollen die Voraussetzungen dafür schaffen.

Ein für die Gesamtlage entscheidender Engpaß hat sich jedoch bei den für das Bundesgebiet bestehenden internationalen Bindungen auf dem Gebiet der Zahlungsbilanz entwickelt. Er war der Anlaß zu tiefgreifenden konjunkturpolitischen Maßnahmen, die gegenwärtig und in der nächsten Zukunft den Gang der Konjunktur nachhaltig beeinflussen werden.

Trotz der anhaltenden Steigerung der Ausfuhr, die sich im November der Milliardengrenze genähert und sich damit gegenüber dem Vorjahr annähernd verdreifacht hat, ist der Aktivsaldo, der sich von Mai bis August im kommerziellen Außenhandel ergeben hatte, seither wieder in einen Passivsaldo umgeschlagen. Er belief sich im Oktober für den kommerziellen Außenhandel allein auf 200 Mill. DM. Das Defizit im gesamten Außenhandel betrug im Oktober sogar über 400 Mill. DM, ist aber im November wieder auf etwa 200 Mill. DM zurückgegangen.

Die Verschlechterung der Handelsbilanz ergab sich aus dem sprunghaften Anstieg der Einfuhr, der in seinem Tempo die an sich schon beachtliche Zunahme der Ausfuhr übertraf. Im Oktober war die Gesamteinfuhr, die im zweiten Vierteljahr 1950 je Monat 740 Mill. DM und im dritten Vierteljahr 940 Mill. DM betragen hatte, auf 1,3 Mrd. DM gestiegen. Zu dieser starken Aus-

dehnung der Einfuhr hatten neben dem Bedarf an Rohstoffen für die wachsende industrielle Produktion die neue Welle der Liberalisierung und die Wirkungen der Hausse auf den Weltmärkten beigetragen, die sich nun um so stärker bemerkbar machen mußten, als sich Handel und Industrie in den vorausgegangenen Monaten in ihren Importen größere Beschränkung auferlegt hatten.

Aus den bekannten Gründen (Eingang der Devisen für Exporte nach dem 1. Juli bereits vor diesem Termin, längere Zahlungsziele im Export als im Import, Vorausbezahlung von Einfuhren, Spekulation auf eine Aufwertung des Pfundes u. a. m.) hat sich die Zahlungsbilanz Westdeutschlands mit den Teilnehmern der EZU seit Juli noch ungünstiger gestaltet als die Handelsbilanz. Bereits Ende Oktober hat das Defizit in der Abrechnung der Gutschriften und Verpflichtungen Westdeutschlands mit 302 Mill. Dollar die eingeräumte Kreditgrenze von 320 Mill. Dollar nahezu erreicht.

Durch einen Kredit von 120 Mill. Dollar, der Westdeutschland von der EZU gewährt worden ist, sollen die Schwierigkeiten, die auch für die nächsten Monate noch zu erwarten sind, überwunden werden. Der Sonderkredit, der ab Mai 1951 innerhalb eines halben Jahres zurückzahlen ist, wurde an die Bedingung geknüpft, daß die Bundesrepublik in den nächsten Monaten zur Beseitigung ihres Zahlungsbilanzdefizits ihre Restriktionspolitik fortsetzt.

Unter dem Eindruck der Entwicklung der Zahlungsbilanz in den letzten Monaten sah sich die Notenbank veranlaßt, Maßnahmen auf dem Gebiet der Einfuhrlizenzerteilung und der Erfassung der Devisenerlöse aus der Ausfuhr zu ergreifen, die darauf abzielen, auf der einen Seite die Einfuhren zu beschränken, auf der anderen Seite einen möglichst raschen und vollständigen Eingang der durch die Exporte erzielten Devisenerlöse zu sichern.

Dem gleichen Ziel: Beschränkung der Einfuhr und damit Verbesserung der Zahlungsbilanz, soll auch die Politik der allgemeinen Kreditrestriktion dienen, die die Notenbank seit Ende September verfolgt. Auf die Erhöhung der Mindestreservesätze am 1. Oktober 1950 folgte Mitte Oktober eine Beschränkung des Rediskonts von Bankakzepten und schließlich am 27. Oktober die Erhöhung des Diskontsatzes von 4 auf 6%. Die Wiedereinführung des Bardepotzwanges in der Höhe von 50 vH für alle Einfuhren wirkte sich auf der einen Seite erschwerend auf die Einfuhrdispositionen aus; sie lag aber gleichzeitig im Rahmen der Politik der allgemeinen Kreditrestriktion, da durch sie die Kassenliquidität der Banken unmittelbar beeinflußt wird.

Die Zahlungsbilanzklemme hätte ohne Kredithilfe nur durch eine Kontingentierung der Ein-

fuhr überwunden werden können. Diese hätte jedoch die Liberalisierungspolitik durchkreuzt und wohl auch zu Gegenmaßnahmen des Auslands geführt. Da es jedoch darauf ankam, einen Ausgleich der Handels- und Zahlungsbilanz auf einem möglichst hohen Niveau der Außenhandelsumsätze zu erreichen, ist dieser Weg nicht beschritten worden. Der Ausgleich der Zahlungsbilanz durch allgemeine kreditpolitische Maßnahmen kann allerdings nur über eine Verminderung des Niveaus von Produktion und Beschäftigung erreicht werden.

Im Kreditsystem selbst lagen bis zum Herbst kaum Anzeichen für eine Entwicklung vor, die eine Restriktionspolitik in dieser Schärfe gerechtfertigt hätte. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Entwicklung seit Ende Oktober bereits unter dem Einfluß eben dieser Politik steht.

Der aktive Teil des Geldvolumens (Bargeld und Sichteinlagen) hat im dritten Vierteljahr um 5 vH zugenommen, d. h. nicht viel stärker als im vorausgegangenen Vierteljahr (plus 4 vH). Die Zunahme war sogar wesentlich geringer als die der allgemeinen Umsatzstätigkeit. Die sprunghafte Ausdehnung der Umsätze auf den Gütermärkten in den Monaten August und September war nicht durch eine Ausweitung des Geldvolumens, sondern durch eine Erhöhung seiner Umlaufgeschwindigkeit ermöglicht worden.

Auch die Steigerung der Preise hält sich bisher in verhältnismäßig engen Grenzen, wenngleich der Trend unverkennbar aufwärts gerichtet ist. Bei den Löhnen hat das Tempo der Erhöhung zugenommen.

Von Ausnahmen abgesehen, sind die Preissteigerungen bis Ende Oktober noch nicht weit über das Maß hinausgegangen, das durch die Verteuerung der ausländischen Rohstoffe bedingt war. Freilich bleibt dabei zu beachten, daß die Preisentwicklung, wie sie sich in den verschiedenen Preisindizes spiegelt, über konjunkturelle Spannungen nur noch bedingt etwas auszusagen vermag. Die Preise gerade der Produkte, bei denen sich das Angebot am stärksten verknappt hat, sind gebunden. Die Veränderungen in der Marktlage können sich daher bei diesen Produkten in den offiziellen Preisen nicht auswirken, wie andererseits auch der Preis auf diesen Märkten seine Funktion als Regulator eingebüßt hat. Zu den Verknappungen einiger Grundstoffe haben diese Preisbindungen beigetragen.

Auch im Bereich des Einkommens und des Verbrauchs haben sich inflationistische Symptome bisher nicht gezeigt. Bei der starken Steigerung der Einzelhandelsumsätze im August und September handelt es sich zu einem nicht unerheblichen Teil um Angstkäufe, denen eine Zurückhaltung in den darauffolgenden Monaten folgte. Sowohl die Dispositionen des Einzelhandels als

auch die gesamte Auftragserteilung an die Industrie haben im Oktober auf die starken Ausweitungen im August und September zunächst mit einer gewissen Zurückhaltung reagiert. Allerdings ist der Auftragseingang an die Industrie immer noch im Verhältnis zu Produktion und Umsätzen hoch.

Von kontraktiven Wirkungen der Kreditrestriktionen auf die Geldwirtschaft kann bisher kaum die Rede sein. Soweit sich die Entwicklung der Geld- und Kreditmärkte bis jetzt übersehen läßt, haben die Restriktionsmaßnahmen noch nicht zu einer Verminderung des Volumens der Wirtschaftskredite, sondern nur dazu geführt, daß sich nun die Zuwachsrates dieser Kredite in engeren Grenzen hält.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft in den nächsten Monaten, von der Saison abgesehen, unter dem Einfluß folgender kontraktiver Faktoren stehen wird: Der Umfang der Produktion wird maßgeblich durch den Mangel an Kohle und Schwierigkeiten in der Versorgung mit Eisen und Stahl und einigen Grundchemikalien bestimmt werden. Darüber hinaus werden sich auch die Wirkungen der Kreditrestriktion stärker als bisher bemerkbar machen. Dieser Tendenz zur Kontraktion der Gesamtnachfrage steht die Erwartung steigender Preise gegenüber, die zu Vorratskäufen anreizt. Auch die Nachfrage des Auslandes auf dem deutschen Markt wird weiter zunehmen.

Die Zahlungsbilanzschwierigkeiten können sich dann besonders verhängnisvoll auswirken, wenn sie zu einer Drosselung der Einfuhren an wichtigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln zwingen. Besonders schwerwiegend wäre es ferner, wenn durch die Restriktionspolitik, die diese Klemme überwinden will, die Investitionen auch in den Bereichen der Engpaßproduktion beeinträchtigt werden würden.

Unter diesen Gesichtspunkten gewinnen alle Maßnahmen besondere Bedeutung, die die Devisensituation stärken. Eine Erhöhung der Kreditlinie bei der EZU und alle Maßnahmen, die den Export fördern, hätten hier an erster Stelle zu stehen. Die Investitionsmittel sollten vor allem zugunsten der Engpaßproduktion genutzt werden.

Sobald sich Möglichkeiten für eine Erweiterung der Produktion ergeben, wäre namentlich im Hinblick auf die sozialen Auswirkungen eine Revision der bisherigen Restriktionspolitik angebracht.

Eine realistische Betrachtung wird nicht übersehen dürfen, daß die weltpolitischen Ereignisse auch die Bundesrepublik in absehbarer Zeit zu einer Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben zwingen könnten. Aus ihr würden sich für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung völlig neue Aspekte ergeben.

Weltwirtschaft

Die wichtigsten Industrieländer der westlichen Welt befanden sich im Frühsommer dieses Jahres im konjunkturellen Anstieg. Die von den USA eingesetzten Mittel der aktiven Konjunkturpolitik, die einen allgemeinen Wirtschaftsaufschwung ermöglichten, schienen ausreichend. Eine stetige Wirtschaftsentwicklung unter Vermeidung größerer Anspannungen, besonders im Rohstoffsektor, wäre hierdurch gewährleistet gewesen. Infolge der durch den Korea-Konflikt ausgelösten Auftriebskräfte nähern sich Produktion und Beschäftigung in den wichtigeren Industrieländern der westlichen Welt dem Engpaßniveau. Angesichts der veränderten weltpolitischen Situation erweist es sich insbesondere in den USA als notwendig, die Expansion in den für weniger wichtig erachteten Wirtschaftsbereichen abzustoppen.

Ehe diese Notwendigkeit offensichtlich wurde, kamen die durch den Korea-Konflikt ausgelösten Auftriebskräfte verhältnismäßig unkontrolliert zur Auswirkung. Die große Nachfragewelle der Konsumenten als erste unmittelbare Reaktion auf den Korea-Konflikt ist zwar wieder abgeebbt. Die Bereitschaft der Konsumenten, erzielte Einkommen sofort wieder zu verbrauchen, ist jedoch in den USA und den großen Industrieländern Westeuropas unverändert groß. Die mit der Nachfragewelle der Konsumenten parallel laufende Zunahme der Nachfrage der Produzenten und Regierungen auf den wichtigsten Weltwarenmärkten, insbesondere hinsichtlich der rüstungswichtigen industriellen Rohstoffe, hält an. Die Beruhigung im Frühjahr dieses Jahres war nur vorübergehend.

Gewiß sind auch für die Rohstoffversorgung noch Ausweitungsmöglichkeiten vorhanden. Häufig bedarf es hierzu aber zeitraubender Vorbereitungen. Die weitere weltwirtschaftliche Expansion wird dabei weniger durch den Mangel an NE-Metallen und natürlichen Spinnstoffen begrenzt. Die entscheidenden Hindernisse für eine weitere Expansion von Produktion und Beschäftigung ergeben sich vielmehr aus dem gegenwärtigen Stahlangpaß in der ganzen westlichen Welt sowie aus dem Kohlenengpaß in Westeuropa.

Die Weltagrarpromuktion hat — gemessen an der bisherigen Bedarfsentwicklung — einen hohen Stand erreicht. Weitere Produktionsreserven können, namentlich in Nordamerika und Argentinien, relativ schnell mobilisiert werden. Diese Produktionsausweitung wird aber nicht ausreichen, um das Ansteigen des Verbrauchs und der Vorratshaltung auf dem gegenwärtigen Preisniveau auszugleichen. Überdies wird sich bei den steigenden Rüstungsausgaben der Welt nicht verhindern lassen, daß sich das allgemeine Preisniveau weiterhin erhöht. Eine Tendenz zur Preissteigerung auf den Rohstoff- und Agrarmärkten ist daher wahrscheinlich.

Zweifelloos muß mit einem Anhalten der gegenwärtigen Preistendenz auch in den großen Industrieländern gerechnet werden. Dafür sprechen die Entwicklung auf den Weltrohstoffmärkten, die gestiegenen Lebenshaltungskosten und die daraus resultierenden höheren Löhne, ferner die steigende Nachfrage nach industriellen Fertigerzeugnissen — besonders in solchen Ländern, deren Produktion auf die Rüstung umgestellt wird — sowie die starke Belastung einzelner Staatshaushalte mit zusätzlichen Ausgaben, die voraussichtlich nicht immer aus Steuern oder Anleihen zu decken sein werden. Für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrieländer erweist sich der Abstand, den ihre Preisentwicklung von der in den Rohstoffländern und in den USA hat, als wirksamste Exportförderung.

Die jüngste Verschlechterung der weltpolitischen Situation hat zu der Einleitung zusätzlicher umfangreicher Rüstungsmaßnahmen geführt. Die Mobilisierung des vorhandenen Industriepotentials für Rüstungsaufgaben ist allerdings ein sehr langwieriger Prozeß. In dem bisher seit dem Korea-Konflikt abgelaufenen Zeitraum war darum der direkte Einfluß der Rüstung auf die industrielle Produktion und Beschäftigung, insbesondere in Europa, noch gering.

Die Weltwirtschaft befindet sich zunächst noch in einem Übergangszustand. Die Drosselung der Expansion in den für weniger wichtig erachteten Bereichen erfolgt daher zurückhaltend und stößt, insbesondere in der amerikanischen Wirtschaft, auf Schwierigkeiten. Auch die europäischen Volkswirtschaften setzen zunächst noch, soweit Spielraum vorhanden ist, die Expansion in der alten Richtung — wenn auch in allmählich langsamem Tempo — fort. Es scheint, als wenn hier vorerst neben einer begrenzten Aufrüstung der zivile Bedarf noch überwiegend die weitere Wirt-

schaftsentwicklung tragen wird. In absehbarer Zeit sind aber Verbrauchs- und Investitionsbeschränkungen zugunsten der Rüstung wahrscheinlich.

Das Zahlungsbilanz- und Dollarproblem Westeuropas ist zunächst etwas in den Hintergrund getreten. Dies kann keineswegs allein auf den Korea-Boom zurückgeführt werden. Vielmehr war die Entspannung der europäischen Dollarbilanz bereits vorher im Gange. Fraglos wurde diese Entwicklung aber durch den Korea-Konflikt beschleunigt. Während die amerikanische Zahlungsbilanz durch Voreindeckungen für den industriellen Rohstoffbedarf — zu einem erheblichen Teil Rüstungsbedarf — sowie durch die Ansammlung strategischer Rohstoffvorräte angespannt wurde, konnten die westeuropäischen Länder und überseeischen Rohstoffgebiete die günstigen Absatzmöglichkeiten für ihre Erzeugnisse im Dollarraum ausnutzen. Die Exportchancen, besonders der überseeischen Rohstoffgebiete, allen voran des Sterlinggebietes, nahmen zu. Industrielle Erzeugnisse der europäischen Länder wie Stahl, Zement, Chemikalien, die früher von den USA selbst exportiert wurden, konnten in verstärktem Maße in den USA abgesetzt werden. Die Aufrechterhaltung des ERP sowie die Einschränkung der Einfuhr aus dem Dollarraum haben die Dollarbilanz ebenfalls entlastet.

An der Verringerung des europäischen Dollardefizits hatte aber auch die weitgehende Liberalisierung des Außenhandels der OEEC-Länder untereinander starken Anteil. Westdeutschlands zunehmende Ausfuhr an Investitionsgütern trat vielfach an die Stelle amerikanischer Lieferungen, die bislang durch das ERP finanziert wurden. Die Austauschbeziehungen der westeuropäischen Länder sind heute intensiver als vor dem Kriege. Ihr weiterer Ausbau ist für die Gestaltung der westdeutschen Zahlungsbilanz entscheidend.

Dieser Bericht wurde anläßlich der Berliner Tagung des Arbeitskreises „Konjunkturbeobachtung“ am 17. und 18. Dezember 1950 von folgenden wirtschaftswissenschaftlichen Instituten verfaßt:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung),
Berlin

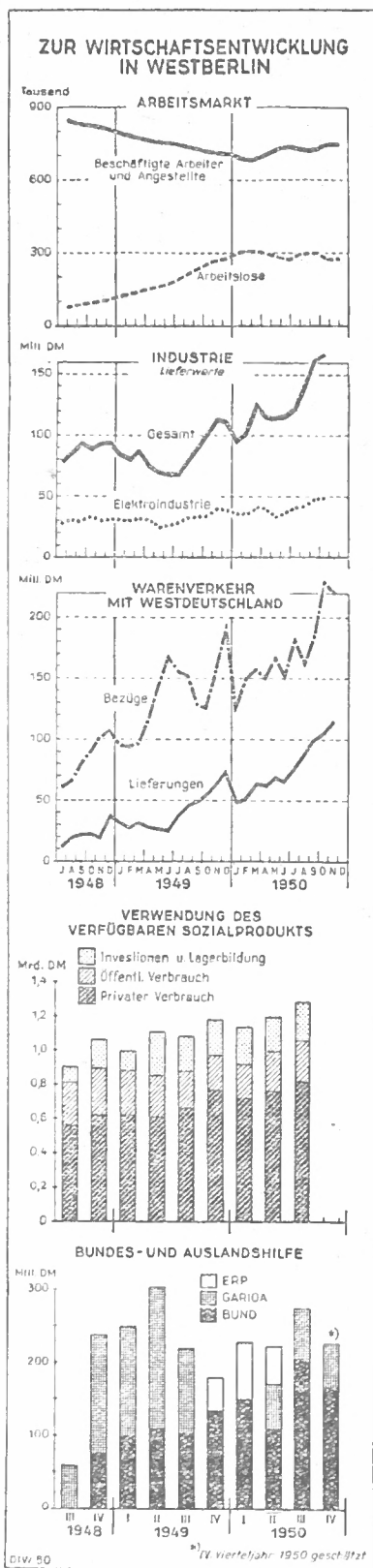
Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung, Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen.

Westberliner Wirtschaftslage Mitte Dezember 1950



Soweit sich bisher schätzen läßt, dürfte der Wert der Industrieproduktion im vierten Quartal 1950 um über die Hälfte höher liegen als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten hat aber nur um 15 vH zugenommen, so daß die Leistung der Industrie je Beschäftigten Ende 1950 um etwa ein Drittel über jener Ende 1949 lag. Die starke Zunahme der Produktivität war aus Konkurrenzgründen unerlässlich, sie mußte aber die Entlastung des Arbeitsmarktes stark hemmen. So wurden in der ersten Hälfte des laufenden Jahres die wachsenden Aufträge mit einer nahezu gleichbleibenden Industriebelegschaft ausgeführt. Seit Mitte des Jahres hat sich die Lage geändert. Trotz tatkräftig weitergeführter Rationalisierung der Produktion mußten zur Bewältigung der anfallenden Produktionsaufgaben neue Arbeitskräfte in nennenswertem Umfang eingestellt werden. Bis Ende d. J. belief sich die Zahl der Neueinstellungen der Industrie auf rund 20 000 Arbeitskräfte. Dazu treten noch zahlreiche Heimarbeiter, welche von der Bekleidungsindustrie, die einen besonders bemerkenswerten Aufschwung nahm, mit Aufträgen versehen wurden.

Trotz der bisher erzielten großen Erfolge, die auch in einer beträchtlichen Steigerung der Warenlieferungen nach außerhalb zum Ausdruck kamen, liegt das Wirtschaftsniveau Westberlins gegenwärtig noch immer weit unter jenem anderer westdeutscher Großstädte. Dies macht sich in besonders eindringlicher Weise in der noch immer außerordentlich hohen Zahl der Arbeitslosen bemerkbar. Hinzu kommt, daß das Arbeitslosenheer durch Entlassungen von in Ostberlin tätigen Westberlinern laufend neuen Zustrom erhielt, so daß per saldo trotz der vorerwähnten Verstärkung der industriellen Belegschaft gegenwärtig die Zahl der Arbeitslosen nicht geringer ist als vor einem Jahre. Aus diesem Grunde kann auf eine Fortführung der zur Milderung der Arbeitslosigkeit in Gang gesetzten Notstandsprogramme auf abschbare Zeit nicht verzichtet werden.

Angesichts der Weltwirtschaftslage darf im kommenden Jahr mit einer weiteren Steigerung der Westberliner Wirtschaftstätigkeit gerechnet werden. Da die Rationalisierung der Industrie schon sehr weit fortgeschritten ist, wird die geforderte größere Leistung der Industrie voraussichtlich im wesentlichen zu Neueinstellungen führen und so den Arbeitsmarkt in größerem Ausmaß als bisher entlasten. Die Industrie wird zu der Aufnahme neuer Arbeitskräfte in der Lage sein, da sie im laufenden Jahr, insbesondere mit Hilfe von Marshallplanmitteln, eine sehr starke Investitionstätigkeit entwickeln konnte. Die Neuinvestitionsrate, bezogen auf das Nettosozialprodukt, betrug 1950 16 bis 17 vH; dies ist ein Satz, der einen Vergleich mit Westdeutschland nicht zu scheuen braucht. Wenn sich die für 1951 von der Westberliner Wirtschaft ins Auge gefaßten Investitionsvorhaben verwirklichen lassen, so wird dieser Satz im kommenden Jahr noch etwas heraufgehen. Damit werden aber die Voraussetzungen geschaffen für die ungeschwächte Fortsetzung des bisherigen wirtschaftlichen Wiederaufstiegs.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1949					1950										
			Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Anzahl der Werktage:			27	26	26	25,5	26	26	24	27	23	24	25,5	26	27	26	26	
Ind. Bruttoproduktionswert ¹⁾	DBR	Mill. DM	S	5495	5766	6011	6214	5919	5418	5230	6185	5589	6060	6339	6598	7331	7803	7966
Prod.-Index (arbeitstäglich)																		
Industrieproduktion ²⁾																		
einschl. Energie	DBR	1936 = 100		87	92	95	99	96	95	98	101	104	107	108	107	115	125	128
ohne Energie	"	"	"	84	89	91	96	92	91	95	98	101	105	106	105	113	123	126
Investitionsgüter insgesamt	"	"	"	81	86	87	92	88	85	90	93	99	104	107	106	113	124	128
Allgemeine Produktionsgüter																		
einschl. Energie	"	"	"	106	108	111	115	113	115	117	120	120	121	121	123	131	137	137
ohne Energie	"	"	"	97	99	101	105	101	103	107	112	113	114	115	117	125	131	131
Verbrauchsgüter insgesamt	"	"	"	78	87	90	96	92	90	94	96	96	97	94	91	101	112	119
Industrieproduktion West-Berlins	W-B	1936 = 100		19	21	23	27	25	22	26	28	30	28	27	28	31	38	39
Produktionsgüter insgesamt	"	"	"	21	22	23	28	26	24	26	27	29	27	28	30	31	36	37
Verbrauchsgüter insgesamt	"	"	"	12	18	23	25	21	16	25	32	34	31	24	23	34	44	49
Produktion																		
Eisenerz	DBR	1000 t	S	829	777	789	730	759	810	801	929	781	812	868	934	990	982	1000
1949 = 100	"	"	"	109,1	102,3	103,8	96,1	99,9	106,6	105,5	122,3	102,8	106,9	114,3	123,0	130,3	129,3	131,7
Roheisen	"	1000 t	"	651	598	558	584	633	697	671	772	691	725	762	824	867	887	927
1949 = 100	"	"	"	109,4	100,5	93,8	98,1	106,4	117,1	112,8	129,7	116,1	121,8	128,1	138,5	145,7	149,1	155,8
Rohstahl ³⁾	"	1000 t	"	845	770	704	765	812	916	907	1026	907	938	1006	1049	1088	1079	1135
1949 = 100	"	"	"	110,7	100,9	92,3	100,3	106,4	120,1	118,9	134,5	118,9	122,9	131,8	137,5	142,6	141,4	148,8
Walzwerkserzeugnisse	"	1000 t	"	582	535	518	555	566	605	573	650	575	625	683	690	751	762	783
1949 = 100	"	"	"	110,2	101,3	98,1	105,1	107,1	114,5	108,5	123,0	108,8	118,3	129,3	130,6	142,2	144,2	148,2
Personenkraftwagen	DBR	Anzahl	S	9977	10373	11797	12286	12615	13493	13743	15457	14739	16389	18787	15976	20465	21026	23219
1949 = 100	"	"	"	115,2	119,7	135,6	141,8	145,6	155,8	158,7	178,4	170,1	189,2	216,9	184,4	226,3	242,7	268,0
Lastkraftwagen	"	Anzahl	"	4680	4971	5168	5183	4867	4224	4498	5233	4986	6475	7383	7499	8529	8914	9514
1949 = 100	"	"	"	102,6	109,0	113,3	113,6	106,7	92,6	98,6	114,7	109,3	141,9	161,8	164,4	186,9	195,4	208,5
Kupfer (Elektrolyt)	DBR	t	S	9085	9545	10023	9884	10809	10850	10194	10993	10630	11080	11381	11452	11004	11502	11155
1949 = 100	"	"	"	105,7	111,1	116,7	114,8	125,8	126,3	118,7	128,0	123,7	129,0	132,5	133,3	128,1	133,9	129,8
Blei (Hüttenweich- u. Feinblei)	"	t	"	9863	6588	7598	8018	7827	8505	8872	10910	8578	9463	9963	8861	10096	10125	10812
Zink (roh)	"	t	"	7059	7495	7848	7926	8543	8909	8468	9573	9787	10289	10150	10774	10865	10502	10973
Steinkohle ⁴⁾	DBR	1000 t	S	9048	8776	8990	9199	9125	9327	8682	9802	8363	8667	8978	9169	9445	9215	9499
1949 = 100	"	"	"	105,2	102,0	104,5	106,9	106,0	108,4	100,9	113,9	97,2	100,7	104,4	106,6	109,8	107,1	110,4
Koks ⁵⁾	"	1000 t	"	2185	2116	2211	2156	2221	2241	2048	2264	2116	2164	2035	2269	2398	2416	2390
1949 = 100	"	"	"	104,3	101,0	105,5	102,9	106,0	107,0	97,8	108,1	101,0	103,3	100,0	108,3	114,5	115,3	113,6
Steinkohlenbriketts	"	1000 t	"	305	313	288	311	336	330	309	347	239	156	138	196	400	446	434
Braunkohle	"	1000 t	"	6044	5949	6328	6207	6432	6420	5842	6539	5721	5721	5883	6180	6411	6328	6890
1949 = 100	"	"	"	100,4	98,8	105,1	103,1	106,8	106,6	97,0	108,6	95,0	95,0	97,7	102,6	106,5	105,1	114,4
Braunkohlenbriketts	"	1000 t	"	1265	1216	1253	1158	1236	1210	1126	1318	1158	1193	1229	1270	1314	1273	1328
Stromerzeugung ⁶⁾	DBR	Mill. kWh	S	3173	3231	3451	3588	3774	3696	3265	3591	3277	3306	3265	3447	3678	3886	
1949 = 100	"	"	"	99,8	101,7	108,6	112,9	118,7	116,3	102,7	113,0	103,1	104,0	102,7	108,4	115,7	121,6	
Gaserzeugung ⁷⁾	"	Mill. cbm	"	1132	1105	1153	1122	1170	1184	1081	1246	1136	1167	1129	1221	1278	1295	
1949 = 100	"	"	"	103,4	101,0	105,4	102,5	106,9	108,2	98,8	110,2	103,8	106,6	103,2	111,6	116,8	117,4	
Erdölförderung	"	1000 t	"	76,7	74,6	77,8	75,2	80,6	80,9	80,6	90,4	89,6	94,3	91,2	96,2	98,8	95,3	100,4
1949 = 100	"	"	"	109,5	106,5	111,1	107,3	115,0	115,5	115,0	129,0	127,9	134,6	130,2	137,3	141,0	136,0	143,3
Zeitungsdruckpapier	DBR	1000 t	S	10,9	12,2	12,7	12,7	13,6	13,7	13,3	15,0	12,6	14,0	15,0	14,7	15,0	14,0	14,5
1949 = 100	"	"	"	103,0	115,3	120,0	120,0	128,5	129,4	125,7	141,7	119,1	132,3	141,7	138,9	141,7	132,3	137,0
Papier und Pappe (ohne Zeitungs- druckpapier)	"	1000 t	"	98,2	95,4	98,7	101,2	102,4	105,8	99,8	113,0	95,7	106,4	117,7	118,5	128,1	130,2	134,9
1949 = 100	"	"	"	103,5	100,6	104,1	106,7	108,0	111,6	105,2	119,2	100,9	112,2	124,1	125,0	135,1	137,3	142,2
Schwefelsäure ⁸⁾ (SO ₃ -Inhalt)	DBR	1000 t	S	77,5	71,5	75,9	78,0	83,2	88,4	82,9	91,3	93,4	97,6	95,1	96,0	102,3	102,7	109,1
1949 = 100	"	"	"	100,1	92,3	98,0	100,7	107,4	114,1	107,0	117,9	120,6	126,0	122,8	124,0	132,1	132,6	140,9
Soda (Na ₂ CO ₃)	"	1000 t	"	42,6	43,7	48,9	48,0	54,8	49,6	47,2	56,9	57,4	57,8	58,4	62,6	68,6	69,2	75,2
Chlor	"	1000 t	"	13,9	14,5	15,3	15,7	17,2	17,0	14,8	17,2	17,7	18,1	17,5	19,6	19,3	18,9	20,7
Kammgarne, Streichgarne ⁹⁾	DBR	t	S	5738	6146	6418	6746	6758	6857	6467	7312	5937	6166	6330	6448	7265	7918	8270
1949 = 100	"	"	"	105,8	113,3	118,3	124,4	124,6	126,4	119,2	134,8	109,4	113,7	116,7	118,9	133,9	146,0	162,5
Baumwollgarne	"	t	"	20001	22097	22194	22986	23166	23608	22985	26005	20478	21258	21127	19619	23711	225680	26975
1949 = 100	"	"	"	105,3	116,3	116,8	121,0	121,9	124,2	121,0	136,9	107,8	111,9	111,2	103,3	124,8	135,2	142,0
Arbeits- und Straßenschuhe	DBR	1000 Paar	S	3350	4505	4660	4651	3918	3363	3427	4500	3570	4031	3833	2975	4252	5119	5438
1949 = 100	"	"	"	88,4	118,8	122,9	122,7	103,4	88,7	90,4	118,7	94,2	106,3	101,1	78,5	112,2	135,3	14

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1949				1950											
			Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Anzahl der Werktage:			26	26	25,5	26	26	24	27	23	24	26	26	27	26	26	25	
Zentralbank																		
Überweisungen 1) nach Westdeutschland	W-B	Mill. DM	E	82,8	93,0	124,0	136,5	112,8	133,0	157,2	157,3	178,3	177,5	197,6	223,7	226,4	242,9	251,9
von	"	"	"	55,8	69,6	69,2	83,1	73,3	75,3	78,5	94,8	104,9	94,0	120,6	132,9	141,9	151,4	162,1
Guthaben bei BDL	"	"	"	52,7	77,1	27,9	12,3	10,6	57,6	53,0	36,9	72,5	37,7	66,7	17,5	44,6	35,1	21,8
Notenumlauf an B-gest. Noten2)	W-B	Mill. DM	E	401	394	380	388	389	389	394	416	415	426	418	420	427	419	425
Wechselkurse3)	W-B	DM - Ost	D	5,70	5,90	6,25	6,30	6,35	6,75	7,50	7,50	6,95	6,25	5,90	5,75	4,95	5,00	5,35
Finanzen																		
Einnahmen aus Steuern	W-B	Mill. DM	S	39,0	48,8	58,8	48,2	57,6	62,2	44,3	52,3	70,0	47,0	54,6	66,5	58,4	56,7	72,4
GARIOA-Kredite	"	"	"	15,0	—	—	—	—	—	—	20,0	40,0	—	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
ERP-Kredite	"	"	"	—	44,0	—	—	—	57,0	20,0	—	40,0	12,4	35,0	—	35,0	—	—
Bundeshilfe	"	"	"	37,0	36,5	37,0	60,0	55,0	50,0	45,0	45,0	30,0	35,0	60,0	30,0	54,0	64,5	46,5
Sparkasse, Spareinlagen	W-B	Mill. DM	E	13,8	14,1	14,5	15,0	16,3	16,9	17,8	18,6	19,3	20,7	21,0	21,3	21,6	22,2	22,9
Kreditsicherheit																		
Konkursanträge	W-B	Anzahl	S	23	26	21	42	16	32	49	23	42	52	35	49	36	58	42
Eröffnete Konkurse	"	"	"	5	1	2	2	3	4	4	3	10	7	6	9	8	6	10
Verkehr																		
Gütereingang4), insgesamt . . .	W-B	1000 t	S	260,4	282,1	333,9	315,8	246,8	269,0	358,5	346,2	340,7	308,5	368,4	325,3	471,6	535,3	—
Luftbrücke	"	1000 netto-t	"	12,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisenbahn	"	1000 t	"	158,0	151,9	205,9	190,7	162,6	170,1	160,6	162,7	154,5	125,3	188,9	127,6	296,3	304,5	—
Straße	"	"	"	78,8	82,4	91,3	91,2	64,3	74,3	96,5	94,0	95,4	106,6	113,2	116,4	117,2	124,2	—
Binnenschifffahrt	"	"	"	10,9	47,8	36,7	33,9	19,9	24,6	101,4	91,4	90,8	76,6	66,3	81,3	58,1	106,6	—
Güterausgang, insgesamt	W-B	"	"	95,5	120,2	128,5	115,7	99,4	76,6	135,9	119,8	93,6	54,1	115,7	117,6	119,7	101,4	—
Luftbrücke	"	"	"	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisenbahn	"	"	"	19,5	33,2	50,0	39,6	48,4	40,5	32,2	29,2	30,5	30,9	33,8	42,3	48,5	35,3	—
Straße	"	"	"	30,3	34,2	33,4	30,9	18,5	15,4	29,4	21,3	19,6	20,2	21,1	22,3	25,1	25,6	—
Binnenschifffahrt	"	"	"	45,7	52,8	45,1	45,2	32,5	20,7	74,3	69,3	43,5	19,7	60,8	53,0	46,1	40,5	—
Post																		
Aufgegebene Telegramme	W-B	1000	"	82	91	87	101	74	69	85	82	91	88	96	100	97	97	87
Aufgegebene Pakete	"	"	"	235	271	308	378	251	270	378	361	397	389	372	425	509	487	502
Fernsprech-Nahverkehr	"	"	"	13715	14847	14769	15282	14456	13694	15697	13829	15013	15504	15250	15234	16052	16576	—
Einzahlungen (DM-West)	"	1000 DM	"	48221	56368	61123	62570	66032	74639	74289	78682	87513	79263	89123	91285	95940	92665	92440
West-Warenverkehr																		
Bezüge aus Westdeutschland	W-B	Mill. DM	S	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Luftbrücke	"	"	"	128,5	126,3	158,1	196,1	124,4	149,6	156,9	149,3	169,2	148,7	184,0	171,4	187,7	209,7	215,9
Sonstige	"	"	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lieferungen nach West-Dischld.	"	"	"	0,7	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Luftbrücke	"	"	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige	"	"	"	50,2	60,8	67,2	67,3	51,0	56,9	73,8	59,0	58,4	74,7	75,0	94,7	123,5	107,1	139,4
genehmigt	"	"	"	39,2	45,2	53,8	66,7	37,3	44,6	53,3	50,9	51,2	48,6	55,4	61,6	78,4	81,6	87,8
ausgeführt	"	"	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Außenhandel																		
Ausfuhr																		
Genehm. Ausfuhrerklärungen	W-B	1000 \$	S	2722	2483	1180	937	1679	1810	3521	2137	2695	2364	2691	2232	3419	3695	5146
Tatsächliche Ausfuhr	"	"	"	634	958	704	788	944	915	1509	1474	1713	1295	1974	1972	2129	2201	—
"	"	1000 DM	"	2710	4235	3093	3528	3871	4043	6483	6338	7441	5698	8564	8607	9073	9440	—
Industrie																		
Industrieproduktion5), arb.-tgl.																		
Gesamtindex	W-B	1936 = 100	"	21	23	27	25	22	26	28	30	28	27	28	31	38	39	—
Produktionsgüter, insges. . . .	"	"	"	22	23	28	26	24	26	27	29	27	28	30	31	36	37	—
dar. Elektrotechnik	"	"	"	29	29	37	34	31	35	34	38	31	33	35	36	42	43	—
Maschinenbau	"	"	"	16	16	18	21	19	20	20	21	23	25	26	26	30	30	—
Eisen- u. Metallwaren	"	"	"	8	10	11	11	9	10	11	12	12	12	13	16	17	—	—
Feinmechanik u. Optik	"	"	"	11	13	14	15	12	14	16	17	17	17	18	19	21	22	—
Verbrauchsgüter, insges.	"	"	"	18	23	25	21	16	25	32	34	31	24	23	34	44	49	—
dar. Bekleidung	"	"	"	24	32	36	22	15	36	54	56	49	28	27	57	81	88	—
Druck u. Papierverarb.	"	"	"	12	13	14	17	14	16	16	17	17	17	16	17	19	22	—
Holzverarbeitung	"	"	"	18	23	26	29	23	27	35	39	39	38	38	33	45	47	—
Energie (Städtische Werke)																		
Stromerzeugung	W-B	Mill. kWh	S	23,7	26,0	30,8	39,6	38,1	30,1	31,1	30,5	30,7	28,0	61,2	41,8	53,0	81,3	82,2
"	O-B	"	"	80,8	98,5	109,3	114,4	116,3	104,1	116,0	97,4	94,8	94,2	85,2	95,8	97,1	—	—
Gaserzeugung	W-B	Mill. cbm	"	20,4	21,5	20,6	23,5	22,8	20,9	23,3	22,2	22,4	20,0	21,5	21,3	22,4	23,9	24,3
"	O-B	"	"	13,7	14,4	14,4	15,9	16,7	15,2	17,7	16,5	16,3	14,8	16,4	—	—	—	—
Baugewerbe6)																		
Beschäftigte	W-B	Anzahl	E	44658	44672	43435	41451	38213	39514	43308	56676	69429	73891	64853	66555	67036	66275	—
dar. Arbeiter	O-B	"	"	35627	37513	38377	37432	38254	37329	36989	36604	35280	34419	—	—	—	—	—
"	W-B	"	"	38112	38041	36793	34808	31640	33008	36777	50151	62829	67217	58503	60073	60503	59817	—
"	O-B	"	"	32390	34210	35017	34054	34814	33863	33491	33169	31794	30957	—	—	—	—	—
Tagewerke, insgesamt	W-B	1000	S	684	701	690	655	565	556	720	883	1269	1441	1335	1343	1368	1350	—
Enttrümmerung und Abbruch	"	"	"	119	99	84	81	92	95	96	177	444	536	405	355	348	350	—
Sonstige	"	"	"	565	602	606	574	473	461	624	706	825	905	930	988	1020	1000	—
Arbeitsmarkt																		
Beschäftigte, insgesamt	W-B	1000	E	875	869	864	857	837	836	839	858	878	877	872	7) 875	880	887	886
Selbst- u. mithelf. Fam. Angeh.	O-B	"	"	573	574	593	582	585	589	592	593	596	599	604	—	—	—	—
Arbeiter und Angestellte	W-B	"	"	148	148	147	146	146	146	145	145	144	143	142	7) 141	140		

*) W-B = West-Berlin, O-B = Ost-Berlin, G-B = Groß-Berlin. — †) D = Monatsdurchschnitt, E = Monatsende, S = Monatssumme, VS = Vierteljahressumme. —
o) Berichtigte Zahlen. — Vorläufige und geschätzte Zahlen sind kursiv gesetzt.
1) Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr (ohne öffentl. Kredite). — 2) Einschl. Umlauf außerhalb West-Berlins. — 3) Vom Landesfinanzamt festgesetzter Durchschnittskurs für 1 DM-West. — 4) Verpackung bei Luftbrücke berücksichtigt. — 5) Berechnung des DIW; Gesamtindex ohne Gas- u. Stromerzeugung, Nahrungs- u. Genußmittel u. Bauwirtschaft. — 6) Ohne Baubewerke. — 7) Wegen Neugliederung der Arbeitsämter keine genauen Zahlenangaben für August erhältlich.
Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Hauptamt für Statistik und Wahlen, Berlin-Wilmersdorf. — Magistrat Abt. Wirtschaft, Verkehr und Finanzen. — Landesfinanzamt Berlin. — Berliner Zentralbank. — Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Verwaltung für Wirtschaft, Vertretung Berlin. — Hauptamt für Statistik, Ost-Berlin. — JELA Berlin. (Joint Export Import Agency.)